

Presseinformation
Wien | 5.9.2024

ÖHGB: SPÖ-Mietpreis-Märchen: Die Wahrheit über Österreichs Wohnkosten

Utl: In Wahlkampfzeiten ist Kritik an der Leistbarkeit des Wohnens besonders laut, jedoch werden falsche Behauptungen – auch bei gebetsmühlenartigem Wiederholen - nicht richtig.

Wien (OTS) – Die SPÖ behauptet im Rahmen ihres aktuellen Wahlkampfs, dass die Mieten in Österreich ungebremst steigen würden und drastische Maßnahmen erforderlich wären, um das Wohnen wieder leistbar zu machen. Diese Darstellung ist nicht nur übertrieben, sondern schlichtweg falsch, wie aktuelle Daten und Studien belegen.

Fakten statt Panikmache

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Laut Eurostat und Statistik Austria geben österreichische Haushalte im Schnitt nur etwa 19 Prozent ihres Einkommens für Wohnkosten aus – ein Wert, der seit Jahren stabil ist und im europäischen Vergleich eher moderat ausfällt. Im Gegensatz zu den populistischen Behauptungen der SPÖ ist von einer Mietexplosion keine Rede. Zum Vergleich: Deutsche Haushalte müssen rund ein Viertel ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden, während in anderen europäischen Metropolen die Wohnkosten noch höher sind.

Auch eine aktuelle Studie von Deloitte zeigt, dass die Mietpreise in Wien im internationalen Vergleich günstig sind. Während man in Wien durchschnittlich 10,50 Euro pro Quadratmeter zahlt, sind es in Städten wie London oder Paris mehr als das Dreifache.

Verzerrte Wahrnehmung und falsche Lösungen

ÖHGB-Präsident RA Dr. Martin Prunbauer kritisiert: „Trotz dieser klaren Fakten versucht die SPÖ, die Realität zu verdrehen und eine Angst vor unaufhörlich steigenden Mieten zu schüren. Dahinter steckt Kalkül, um noch mehr Regulierungen im privaten Mietsektor durchzusetzen.“ Doch solche Regulierungen schaden nicht nur den Vermietern, sondern auch der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und letztlich den Mieterinnen und Mietern selbst.

Das Mietrecht in Österreich ist laut OECD bereits eines der strengsten weltweit. Die Einführung eines Mietpreisstopps – wie ihn die SPÖ fordert – wäre nichts anderes als eine „Gießkannenförderung“, die vor allem jene begünstigt, die gar keine Unterstützung benötigen. Es ist bezeichnend, dass ein erheblicher Teil von Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen von Menschen bewohnt wird, die keine finanzielle Hilfe brauchen, während einkommensschwache Haushalte sich auf dem privaten Mietwohnungsmarkt versorgen müssen. Dabei beträgt der öffentliche Mietsektor 60 Prozent des gesamten Mietmarktes.

Mehr über den ÖHGB

Der Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund (ÖHGB, www.oehgb.at) ist die größte freiwillige Interessenvertretung österreichischer Haus-, Grund- und Wohnungseigentümer. Die Hauptaufgabe des ÖHGB besteht im Schutz und in der Förderung des Privateigentums sowie der Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der privaten ImmobilienbesitzerInnen. Die ca. 30.000 Mitglieder teilen sich auf die neun Landesverbände auf, die ihren Mitgliedern mit fundierten Rechts-, Steuer-, Versicherungs-, Bau- bzw. Finanzierungsberatungen und weiteren, umfangreichen Informations- und Serviceleistungen, zur Seite stehen. Darüber hinaus betreiben der ÖHGB und dessen Landesverbände im Interesse der Mitglieder aktive Standespolitik in der Interessenvertretung auf allen Ebenen.

Rückfragen & Kontakt:

Österreichischer Haus- und Grundbesitzerbund
Dr. Marie-Theres Ehrendorff
Pressesprecherin
Tel.: +43 676 3239 645
marie-theres.ehrendorff@oehgb.at